

Gemäß Studiumsqualitätsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen sind diese Mittel zweckgebunden zur Verbesserung der Betreuungssituation und damit der Lehre einzusetzen. Jede Hochschule muss mindestens zwei Drittel ihrer Qualitätsverbesserungsmittel für hauptamtliches Lehrpersonal und hauptamtliches lehrunterstützendes Personal einsetzen. Darüber muss jedes Jahr berichtet werden.

Die Landesregierung schafft für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen weiterhin Planungssicherheit in Bezug auf die Personalkosten. Die anstehende Hochschulvereinbarung, die die Landesregierung mit den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen für eine Laufzeit von 2022 bis 2026 schließen wird, sieht neben vielen anderen Verbesserungen auch die Finanzierung der Besoldungs- und Tarifsteigerungen in vollem Maße vor.

An allen Universitäten in Nordrhein-Westfalen hat sich inzwischen die schon erwähnte Position einer Tenure-Track-Professur als Karriereweg etabliert. Alleine durch das Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind seit 2017 178 zusätzliche Tenure-Track-Professuren eingerichtet worden. Damit hat sich die Planbarkeit für den wissenschaftlichen Nachwuchs deutlich verbessert.

Weiterhin hat die Landesregierung die Verbesserung der Promotionsbedingungen von Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen für angewandte Wissenschaften vorangetrieben. Das im Rahmen der 2019 beschlossenen Novelle des Hochschulgesetzes neu geschaffene Promotionskolleg stellt hier den entscheidenden Schritt dar und durchläuft derzeit die Begutachtung des Wissenschaftsrats.

Zur strukturellen Stärkung der Gleichstellungsarbeit und der Förderung des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen und Universitätsklinika des Landes haben wir 2019 zudem das Programm für chancengerechte Hochschulen und das Programm für chancengerechte Hochschulmedizin etabliert, zwei weitere Instrumente also.

All diese Beispiele zeigen, dass wir unabhängig von der aktuellen Debatte vielfältige Maßnahmen im Sinne guter Beschäftigungsbedingungen ergriffen haben. Mit den beiden derzeit laufenden Evaluationen werden wir uns dann beschäftigen, wenn sie vorliegen, und sicherlich dann auch nachsteuern müssen, wenn wir erkennen, wo wir Verbesserungsbedarf haben. Jetzt kurzfristige Veränderungen der geltenden Beschäftigungsbedingungen vorzunehmen, wie es in den beiden Anträgen vorgeschlagen wird, ist aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend und daher abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen. Weitere Wortmeldungen haben wir nicht.

Wir kommen damit zur Abstimmung, erstens über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14277. Der Wissenschaftsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/14895, den Antrag abzulehnen. Wir stimmen nun über den Antrag selbst ab, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD-Fraktion stimmt zu. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und AfD stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Es enthält sich die grüne Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/14277** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/14946. Auch hier ist direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen also direkt zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags. Wer stimmt dem zu? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP, AfD stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist auch dieser **Antrag Drucksache 17/14946** mit der Mehrheit des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

13 Kosten und Nutzen der kommunalen „Klimaschutzmaßnahmen“ in den Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens

Große Anfrage 30
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11619

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 17/13566

Ich eröffne die Beratung. Am Pult steht Herr Loose für die AfD-Fraktion. Er hat jetzt das Wort. Bitte schön.

Christian Loose¹⁾ (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch am Montag berichtete der Wirtschaftsminister Herr Pinkwart in einer neuen Broschüre stolz, dass 358 der 396 Kommunen in NRW ein Klimaschutzkonzept besitzen.

In der Broschüre steht aber mit keinem Wort, Herr Pinkwart, wie viel CO₂ denn damit eingespart werden soll oder eingespart wird. Ein Versäumnis oder einfach Unwissenheit, Herr Pinkwart? Ich vermute Unwissenheit. Denn von den 396 Kommunen konnten auf unsere Große Anfrage nur ganze elf Kommunen angeben, wie viel CO₂ sie eingespart haben. Elf von 396!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Lediglich zwölf Kommunen konnten Angaben zu Aufforstungsprojekten machen. Dabei sollte doch inzwischen bekannt sein, dass Bäume CO₂ zum Wachstum brauchen und speichern.

Aber an Zahlen und Fakten waren Sie nicht interessiert. Dabei hätte es gerade im Interesse der sogenannten Klimaschutzmanager sein müssen, von den Erfolgen Ihrer Arbeit zu berichten. Stattdessen trafen sich diese in mehreren Zoom-Konferenzen und berieten, wie die Fragen möglichst nicht beantwortet werden sollten. Der Bundesverband Klimaschutz hatte eingeladen. Bei diesen Sitzungen empörten sich die Teilnehmer, dass man der AfD überhaupt antworten solle. Demokratie, meine Damen und Herren, scheint schon einmal nicht das Fachgebiet dieser sogenannten Klimaschutzmanager zu sein.

Und auch die Hinweise von Peter Queitsch vom Städte- und Gemeindebund NRW an die sogenannten Klimaschutzmanager waren unmissverständlich. Er wurde gefragt – ich zitiere –: Was raten Sie den Kommunen in NRW in Bezug auf den Umgang mit der Anfrage? Die Antwort von Ihnen war – ich zitiere –:

Für die Kommunen besteht jedoch keine Pflicht, zu antworten.

Und weiter:

Einige Angaben wie Personalkosten sollten nicht beantwortet werden.

Zitat Ende.

Nach diesem Aufruf des Städte- und Gemeindebundes zur Sabotage der Anfrage entschied sich die große Mehrheit, die Fragen nur teilweise zu beantworten. Ganze 30 % weigerten sich, auch nur eine einzige Frage zu beantworten. So beschlossen dann die Teilnehmer bei ihrer ersten Konferenz, ihre Zeit nicht für die Antworten zu verwenden, sondern sich vielmehr darauf zu konzentrieren, Einfluss über politische Akteure und NGOs sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteure zu nehmen.

Dann kam die zweite Konferenz, und es wurde konkreter. So wurde in einem Beschluss entschieden, dass man lediglich neun der Fragen der AfD vollständig beantworten wolle. Neun von 92! 67 Fragen sollten hingegen überhaupt nicht beantwortet werden. Das sind mehr als 70 % der Fragen. Darunter waren klare Fragen, zum Beispiel die Frage 60, zum Bereich der Wärmedämmung. Wir hatten gefragt: Wie viele Tonnen CO₂-Äquivalente werden mit den umgesetzten Maßnahmen eingespart? Eine Antwort gab es dazu nicht – keine Zahlen, keine Daten, nichts, um die hohen Kosten der sogenannten Klimaschutzmanager zu rechtfertigen, und das, obwohl allein der Projektträger Jülich in den letzten Jahren über 155 Millionen Euro an die Kommunen für den kommunalen Klimaschutz gezahlt hat.

Das Geld sollte verwendet werden – ich zitiere –, um den Ausstoß von Treibhausgasemissionen in einer Kommune zu verringern. 155 Millionen Euro Fördergelder und keiner kann sagen, Herr Pinkwart, wie viel Treibhausgase dadurch eingespart wurden.

Aber nicht nur der Städte- und Gemeindebund machte Stimmung gegen die Anfrage der AfD, auch, Herr Pinkwart, waren Mitarbeiter des Ministeriums zu den Sitzungen der sogenannten Klimaschutzmanager geladen. Mich hatte man da nicht eingeladen, aber wir kamen trotzdem an die Informationen.

Das Ministerium bezog gleich Stellung. Ich zitiere aus dem Protokoll: Dem MWIDE ist bewusst, dass der Aufruf zur Teilnahme an der Umfrage aufseiten einiger Kommunen zu Irritation und Verärgerung geführt hat. – Zitatende.

Aber wenigstens an einer Stelle konnten Ihre Mitarbeiter, Herr Pinkwart, die sogenannten Klimaschutzmanager*innen beruhigen – ich zitiere –: Die Antwort des Ministeriums wird im Gegensatz zur Anfrage der AfD gendergerecht formuliert werden. – Zitatende.

(Heiterkeit von der AfD)

Nach sechs Monaten ist es der Landesregierung nicht gelungen, Zahlen und Fakten zu liefern, aber immerhin erfolgte der Bericht in gendergerechter Sprache.

Dabei waren sogar einige der sogenannten Klimaschutzmanager bereit, mehr Daten zu liefern, und baten die Regierung explizit um Kommentarfelder bei den Antworten. Doch Ihr Ministerium, Herr Pinkwart, weigerte sich, solche zusätzlichen Informationen anzunehmen und zu verarbeiten. Wenn Sie etwas sabotieren, Herr Pinkwart, empfehle ich Ihnen, das demnächst ein bisschen unter dem Teppich zu machen statt so offensichtlich, dass wir an das Protokoll herankommen.

Aber wir können aus den Sitzungen der Klimaschutzmanager doch wenigstens eine Sache mitnehmen. Denn dort wurde die Sorge geäußert, die AfD werde die Zahlen und Daten am Ende doch einfach auf kommunaler Ebene erfragen. Und ich kann Ihnen versprechen: Genau das werden wir jetzt tun, denn es ist die Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kontrollieren und Geldverschwendung aufzudecken. Wir sitzen jetzt in ganz vielen Kommunen, und ich wünsche Ihnen schon viel Spaß bei den Antworten. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Loose. – Nun hat für die CDU Herr Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Loose, wenn Ihre Rede wieder eines gezeigt hat, dann, dass Sie überhaupt keinen Respekt haben vor den Mitarbeitern in den Kommunen in der öffentlichen Verwaltung. Das hat Ihre Rede ganz deutlich zum Ausdruck gebracht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich finde das einfach schäbig.

(Andreas Keith [AfD]: Maskendeals zu machen, ist schäbig! – Zuruf von Christian Loose [AfD] – Weitere Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke)

Ich finde, das ist das Erste, was man hier sagen muss, und Sie haben es versäumt. Ich möchte das nachholen, denn wir reden hier über eine Große Anfrage. Deswegen gehört es sich auch, den Mitarbeitern im Ministerium Dank zu sagen,

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD] – Andreas Keith [AfD]: Das ist lächerlich!)

aber auch den Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen für diese vielen Daten. – Ich weiß gar nicht, warum Sie so unruhig sind. Jetzt kommt es doch erst. Denn auf der ersten Seite ihrer Großen Anfrage leugnet die AfD wieder den anthropogenen Klimawandel.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Doch, natürlich.

(Lachen von Christian Loose [AfD])

Sie beziehen sich auf den IPCC und machen dann eine Fußnote. Sie nennen aber nicht die Primärquelle, nicht den IPCC, sondern irgendeine komische Quelle im Internet. Das ist so, als wenn ich zum Beispiel sagen würde: Die Erde ist eine Scheibe, Fußnote „christianloose.de“ oder so.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Zuruf von der CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist genau die unwissenschaftliche Art und Weise, wie Sie damit umgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich ist Klimaschutz auch kommunale Sache, nicht nur, sondern auch Bundessache, Landessache und Europasache, aber eben auch kommunale Sache. Deswegen unterstützen wir von Bundesseite und von Landesseite auch Klimaschutzmanager und viele andere Programme.

Denn das liegt ja auf der Hand. Jeder, der in der Kommune tätig ist oder auch hier, weiß, dass wir Klimaschutz vor Ort machen müssen. Da gibt es die

kommunalen Liegenschaften. Das sind die Schulen, die Turnhallen, Bibliotheken usw., wo eine ganze Menge getan werden muss.

(Markus Wagner [AfD]: Vertuschen und verschleiern!)

Das ist der ganze Bereich Verkehr. Immerhin 25 % der Treibhausgase in Deutschland werden im Verkehrsbereich verursacht. Natürlich wird vor Ort in den Kommunen entschieden: Wie geht es weiter mit dem ÖPNV? Was ist mit Elektromobilität? Und so weiter.

(Markus Wagner [AfD]: Die haben nichts ...! Deswegen schweigen die! Vertuschen und verschleiern! Stellen Sie sich doch ...! Das ist Ihre Form von Demokratie!)

– Was ist denn los? Lassen Sie mich doch mal ausreden. Ich rede gerade über die Anfrage, die Sie hier eingebracht haben, und Sie möchten vielleicht gleich noch selber ans Rednerpult kommen. Aber Sie haben bisher nichts gehört. Kommen Sie doch einfach gleich hierhin und erzählen Sie das.

Deswegen ist es natürlich wichtig, dass wir Klimaschutzmanager haben, und ich glaube, das sind viele kompetente Leute. Wir brauchen auch qualifizierte und motivierte und engagierte Klimaschutzmanager vor Ort als Netzwerker, als Ermöglicher, als Berater, als Motivator, und deswegen stehen wir auch an der Seite dieser Leute und werden sie weiter unterstützen. Viel mehr ist hierzu nicht zu sagen. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD spricht der Abgeordnete Göddertz.

Thomas Göddertz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die AfD setzt mit dieser Anfrage mal wieder ihre Taktik fort, die wir ja alle bereits kennen: verschwurbeln, verschwören, verleugnen. Ihre Eingangsbehauptungen stammen samt und sonders aus derselben pseudowissenschaftlichen Quelle. Wer glaubt, dass das sogenannte Europäische Institut für Klima und Energie ein wissenschaftliches Institut sei, der glaubt auch, die Erde sei eine Scheibe.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Darauf folgt dann der zusammenhanglose Fragenkatalog, der an mehreren Stellen versucht, Zusammenhänge herzustellen, die es aber gar nicht gibt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie etwas über kommunalen Klimaschutz erfahren wollen, empfehle ich Ihnen einen Besuch in meiner Heimatstadt Bottrop.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Als InnovationCity ist es uns gelungen, im Projektgebiet den CO₂-Ausstoß um 50 % zu reduzieren.

(Zurufe von Sven Werner Tritschler [AfD] und Dr. Christian Blex [AfD])

Wir haben niemanden gezwungen, aber wir haben Anreize gesetzt. – Hören Sie doch zu. Das Programm war Jobmotor und Anschub für zahlreiche Investitionen. Für jeden Euro aus Fördermitteln wurden 7 Euro aus privater Hand aktiviert. Unsere Modernisierungsquote bei Wohngebäuden liegt bei jährlich 3,3 % – mehr als dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Zu guter Letzt: Der CO₂-Ausstoß pro Kopf im Projektgebiet liegt bei 2,44 Tonnen pro Jahr – im Bundesdurchschnitt sind es 6,11 Tonnen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Den Nutzen – danach wurde ja gefragt – haben die Bürger der Stadt Bottrop. Denn klimagerechter Stadtumbau bedeutet finanzielle Entlastung der Bürger durch geringere Heizkosten.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Klimagerechter Stadtumbau generiert Investitionen. Klimagerechter Stadtumbau schafft Arbeitsplätze, klimagerechter Stadtumbau verbessert die Lebensqualität, und klimagerechter Stadtumbau verringert die Klimafolgen.

Kommunaler Klimaschutz ist wichtig, und wir in Bottrop haben vorgemacht, wie es funktionieren kann. Den Nutzen haben die Bürger. – Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP hat der Abgeordnete Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich als Erstes einmal bei der Landesregierung für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage bedanken,

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

auch wenn die Große Anfrage abermals wieder zeigt, dass die AfD die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen nicht anerkennt.

(Markus Wagner [AfD]: Weil Sie sie nicht begründen können!)

Wir als NRW-Koalition unterstützen dagegen die Kommunen bei der Klimaanpassung vor Ort. Ich möchte hier nur kurz drei Beispiele nennen.

Mit dem Projektauftrag „Kommunaler Klimaschutz NRW“ haben Land und Europäische Union die Kommunen mit Fördermitteln in Höhe von 160 Millionen Euro ausgestattet, um Projekte in 25 ausgewählten Kommunen zu ermöglichen. Die Mittel dienen bei-

spielsweise der Sanierung von Gebäuden und der Beschleunigung klimafreundlicher Verkehrsprojekte.

Unser Förderprogramm „progres.nrw“ haben wir unter dem neuen Titel „Klimaschutztechnik“ und einem Volumen von bis zu 200 Millionen Euro allein in diesem Jahr weiterentwickelt. Es stellt attraktive Förderungen für Kommunen, Bürger und Unternehmen für emissionsarme Mobilität bereit, um beispielsweise den Anteil an Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen weiter auszubauen.

Darüber hinaus wird die neue Landesgesellschaft „NRW.Energy4Climate“ mit ihrer umfangreichen Expertise und ihrem weit gespannten Netzwerk ab Januar 2022 die Kommunen bei der Planung und Umsetzung von Transformationsprojekten unterstützen.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, dass wir uns gemeinsam – EU, Bund, Land und Kommunen – den Klimaschutzaufgaben stellen. Das unterscheidet uns wohltuend von der AfD. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es gibt eine Kurzintervention der AfD. Bitte, Herr Seifen, Sie haben das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Brockes, Sie haben am Anfang Ihrer Rede ausgeführt, dass die Tatsache der Großen Anfrage darauf hindeutet, dass wir als Politiker hier unsere Aufgabe nicht richtig wahrnehmen und die Klimaschutzmaßnahmen anzweifeln.

Ich frage Sie jetzt wirklich, ob Sie in Demokratiesachen Ahnung haben und geschult sind. Denn gerade die Große Anfrage mit einer Vielzahl von seriösen Fragen, zum Beispiel „Wie hoch sind die Einsparungen der CO₂-Äquivalente?“, deuten nicht nur darauf hin, sondern machen jedem hier in diesem Raum klar,

(Zuruf von der CDU)

dass wir die Politik ernst nehmen und als Opposition nachfragen, was dran ist.

Wenn das alles so erfolgreich gewesen wäre, Herr Brockes, hätte die Regierung uns jede Frage haarklein beantwortet, und wir hätten sagen müssen: Chapeau, toller Klimaschutz! Die Tatsache, dass die Regierung bzw. die Verantwortlichen uns nichts oder fast nichts beantwortet haben, Herr Brockes, scheint doch eher darauf hinzudeuten, dass die Regierung ihre eigenen Maßnahmen nicht kennt und nicht ernst nimmt.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Zur Stellungnahme hat der Kollege Brockes das Wort. Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Kollege Seifen, in Sachen „Demokratie“ brauche ich von Ihnen sicherlich keine Nachhilfe an dieser Stelle.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Im Übrigen macht Ihre Nachfrage gerade sehr deutlich, dass Sie selbst Ihre Große Anfrage gar nicht gelesen haben. Denn in den einführenden Ausführungen Ihrer Großen Anfrage wird eben deutlich, dass Sie dieses Thema negieren und deshalb mit der Großen Anfrage nur ein einziges Ziel haben: Sie wollen wieder den Klimaschutz generell infrage stellen. Da sind wir Gott sei Dank nicht beieinander. – Vielen Dank.

(Markus Wagner [AfD]: Das wäre auch unmöglich!)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der Grünen die Abgeordnete Frau Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die AfD nutzt jede Chance, um gegen Klimaschutz zu polemisieren.

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Ich bin froh, dass wir uns in diesem Haus mit den demokratischen Fraktionen einig sind, dass wir kommunalen Klimaschutz wertschätzen. In Kommunen wird Klimaschutz konkret. Daher brauchen sie mehr Unterstützung durch die Landesregierung und nicht weniger.

(Beifall von den GRÜNEN – Helmut Seifen [AfD]: Sie sollen die Frage beantworten!)

Jetzt, wo sich die Auswirkungen der menschengemachten Klimakrise nicht mehr leugnen lassen, fordert sogar die AfD mehr Geld für Klimaanpassung.

(Markus Wagner [AfD]: Da haben Sie dagegen gesprochen! Sie waren dagegen, gegen Hochwasser, Sie persönlich!)

Das Dumme ist nur, allein mit Klimaanpassung werden wir uns nicht vor den Folgen der Klimakrise schützen können.

(Unruhe – Glocke)

– Anscheinend mal wieder was getroffen.

Präsident André Kuper: Werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie bitte die Rednerin aussprechen.

(Markus Wagner [AfD]: Die haben den Anstand nicht mal!)

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Von Ihnen brauche ich mir nun wahrlich nichts über Anstand sagen lassen, wahrlich nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Markus Wagner [AfD]: Doch!)

Es geht beim Klimaschutz nicht darum, ob man den erdrückenden naturwissenschaftlichen Fakten vertraut.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Welche denn?)

Die Realität zeigt uns allen, was die Stunde geschlagen hat. Um für ambitionierten Klimaschutz einzutreten, reichen volkswirtschaftliche Grundkenntnisse. Die Kosten des Nichthandelns übersteigen die Kosten für den Klimaschutz bei Weitem. Investieren wir nicht endlich konsequent in Klimaschutz, werden uns die Folgen der Klimakrise langfristig den Wohlstand kosten. Bei 30 Milliarden Euro Schaden aus einer einzigen Hochwasserkatastrophe ist das eigentlich nicht so schwer zu verstehen.

Klimaschutz ist ökonomisch vernünftig. Punkt! Dass die AfD das weiterhin leugnet, beweist erneut, sie hat an konstruktiver Politik für dieses Land keinerlei Interesse. Es geht einzig und allein um die Inszenierung von Politik für ihre eigene Social-Media-Bubble.

(Zurufe von Dr. Christian Blex und Markus Wagner [AfD])

Dann möchte ich den Kollegen Untrieser zitieren: Mehr ist dazu nicht zu sagen! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung hat Minister Professor Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beantwortung der Großen Anfrage 30 der Fraktion der AfD wurde dem Landtag durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie federführend im Ressort am 27. April dieses Jahres zugeleitet.

Insgesamt umfasst die Große Anfrage 16 Themenbereiche zum kommunalen Klimaschutz sowie zur Klimaanpassung und gliedert sich in insgesamt sieben Themenblöcke: kommunale Klimaschutzmanager, kommunale Klimaschutzkonzepte, Awards und Auszeichnungen, Förderung durch Tochtergesellschaften, Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen, Bereiche des kommunalen Klimaschutzes, Klimafolgenanpassungsmaßnahmen.

Die Daten, die notwendig waren, um die Themenblöcke 1, 2, 4 und 7 zu beantworten, lagen der Landesregierung nicht vor, sondern nur den jeweiligen Gebietskörperschaften. Aus diesem Grund hat mein Haus eine onlinebasierte und freiwillige Umfrage unter den 396 Kommunen und 31 Kreisen unseres Landes durchgeführt. Hieran nahmen insgesamt rund ein Drittel, also 119 Gebietskörperschaften, teil.

Damit ist festzustellen, dass viele Kreise und Kommunen die abgefragten Daten nicht erheben. Ein erheblicher Teil der Kommunen sah sich zudem insbesondere aufgrund von Personalengpässen und einer stark erhöhten Arbeitsbelastung im Zuge der Coronapandemie nicht in der Lage, die hohe Anzahl an Fragen vollumfänglich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit zu beantworten.

Um ein noch umfangreicheres Bild gewinnen zu können, hat mein Ministerium ergänzend zu den kommunalen Angaben Daten weiterer Stellen angefragt und in die Antwort aufgenommen. Zu diesen weiteren Stellen zählen das Bundesministerium für Umwelt, der Projektträger Jülich, die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, das Deutsche Institut für Urbanistik, die EnergieAgentur.NRW sowie zuständigkeitshalber weitere Landesministerien.

Im Ergebnis wurde die Beantwortung so umfassend wie möglich vorgenommen, weil die angefragte Detailtiefe anhand der zur Verfügung stehenden Datenbasen und aus Datenschutzgründen nicht an jeder Stelle möglich war.

Darüber hinaus waren die Fragen der anfragenden Fraktion zum Teil nicht eindeutig formuliert und ließen entsprechend keine eindeutige Antwort zu.

(Andreas Keith [AfD]: Ja, klar!)

Abschließend möchte ich für die Landesregierung feststellen, dass wir nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern national und global vor immensen Herausforderungen stehen, um den Klimaschutz und die Energiewende wirksam zu gestalten und den Temperaturanstieg auf maximal 1,5 Grad Celsius gegenüber 1990 zu begrenzen.

Es ist unser Ziel in Nordrhein-Westfalen, bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Das hat das Hohe Haus beschlossen. Unsere Kommunen sind als Gebäudeeigentümer, Verkehrsplaner, Planungsträger und mit ihren Dienstleistern, Energieversorgern, ÖPNVs selbstverständlich maßgebliche Akteure und wichtige Partner, damit wir diese Ziele erreichen können.

Von daher liegt es im Interesse unseres Landes, den kommunalen Klimaschutz, die kommunale Energiewende auch weiterhin zu unterstützen – zum Wohle unseres Klimas und der Zukunftsfähigkeit auch des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich bin froh und dankbar, dass sich so viele Kommunen in Nordrhein-Westfalen ihrer Verantwortung bewusst sind und bereits sehr vorbildlich in unterschiedlichen Sektoren wichtige Schritte zur Erzielung von Treibhausgasneutralität eingeleitet und umgesetzt haben.

Wenn Sie mir noch ein abschließendes Wort in Richtung der die Große Anfrage stellenden Fraktion gestatten: Insbesondere mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit dieses Landes und auch die Zukunft der Arbeitsplätze in diesem Land

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

rate ich Ihnen dringend, das Gespräch mit den Kommunen dahin gehend zu suchen, dass Sie einmal nachfragen, wie sich die Kommunen aus sich selbst heraus aufstellen müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Standorte auch in Zukunft sichern zu können.

Ohne Klimaschutz ...

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ich hatte heute Nachmittag hier am Rande des Plenums zwei Bürgermeister mit einer energieintensiven Industrie in ihrem Ort,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

die sind hierhergekommen und haben gesagt: Wie können wir gemeinsam den Klimaschutz weiterentwickeln? Wie können wir gemeinsam für erneuerbare Energien und all dieses sorgen, damit unsere Arbeitsplätze in Zukunft sicher bleiben?

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die wollen in Richtung Zukunft; die wollen nicht mit Ihnen in Richtung Vergangenheit, weil sie für ihre Menschen eine gute Zukunft gestalten wollen. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Daher schließe ich die Aussprache und stelle fest, dass die Beratung über die Große Anfrage der AfD abgeschlossen ist.

Ich rufe auf:

14 Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14940